A 1 Universitätsbibliothek

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.— RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 6 Donnerstag, den 14. Januar 1932. 38. Jahrgang

Die Wiederwahl Hindenburgs

Die Frage wird im Februar aktuell.

Berlin, 13. Januar.

Mit der Ueberreichung der Briefe Hugenbergs und Hitlers an den Reichskanzler dürfte die Aktion Brünings abgeschlossen sein. Irgendwelche weiteren amtlichen Schritte zur Klärung der Frage der Wiederwahl Hindenburgs durch das Volk werden in unterrichteten Kreisen jedenfalls vorerst nicht erwartet, es sei denn, daß die Parteien untereinander hierüber Besprechungen abhalten. Man nimmt an, daß erst etwa Anfang Februar von der zuständigen Stelle mit den Parteien darüber Fühlung genommen wird, ob es möglich ist, Hindenburg als gemeinsamen Kandidaten der Rechts- und Mittelparteien, möglicherweise auch der Sozialdemokratie, wiederaufzustellen.

Für den genaueren Zeitpunkt hierfür dürfte die Frage von Bedeutung sein, wann der Reichstag wieder zusammentritt, da er dann u. a. die Frage zu erledigen haben wird, wann die verfassungsmäßige Neuwahl des Reichspräsidenten zu erfolgen hat. Die Neuwahl muß bis zum 5. Mai erfolgt sein. Ursprünglich war der 13. März für den ersten Wahlgang in Aussicht genommen. Es ist aber nicht unmöglich, daß dieser Termin nun auf einen früheren Tag angesetzt wird. Im Falle der Zustimmung Hindenburgs zu einer Wiederaufstellung als Präsidentschaftskandidat wird vermutlich nur ein kommunistischer Gegenkandidat aufgestellt werden, und eine Wahl Hindenburgs im ersten Wahlgange würde dann gesichert sein.

Hugenbergs Antwort.

„Sehr geehrter Herr Reichskanzler! Sie legten mir gestern die Frage vor, wie sich die Deutschnationale Volkspartei zu Ihrem Vorschlage der parlamentarischen Verlängerung der Amtszeit des Herrn Reichspräsidenten Generalfeldmarschall von Hindenburg stelle. Sie, Herr Reichskanzler, könnten diese Frage nicht aufgerollt haben, wenn Sie dabei nicht des Einverständnisses des Zentrums und der SPD. sicher gewesen wären. Es sind das die Parteien, die seinerzeit die Wahl des Reichspräsidenten auf das schärfste bekämpft haben. Mit dem Rückhalte dieser Parteien treten Sie jetzt an uns heran, die wir einst seine Wahl angeregt und durchgesetzt haben. Sie begründen Ihr Vorgehen mit der außenpolitischen Notwendigkeit einer Stärkung der „Stabilität" der deutschen Regierungsgewalt. Gleichzeitig schwächen Sie aber selbst diese Stabilität empfindlich durch die zähe Aufrechterhaltung einer Regierung im Reich und in Preußen, hinter der keine Mehrheit des Volkes steht. Sie begründen die Notwendigkeit Ihres Schrittes weiter mit der außenpolitischen Wirkung einer einheitlichen Vertrauenskundgebung für den Herrn Reichspräsidenten. Demgegenüber sind wir der Auffassung, daß die außenpolitische Stellung Deutschlands am meisten durch einen Rücktritt der jetzigen Regierung gestärkt würde, deren Vergangenheit es ihr erschwert, dem veränderten Willen des deutschen Volkes dem Auslande gegenüber glaubhaften Ausdruck zu geben.

Sie, Herr Reichskanzler, erstreben die Wiederwahl auf dem Wege der Beschlußfassung des Parlamentes. Nach der Verfassung geht die Wahl des Reichspräsidenten unmittelbar vom Volke aus. Dieses Recht auf den Reichstag zu übertragen liegt um so weniger Anlaß vor, als der Reichstag der wahren Volksmeinung nicht mehr entspricht.

Als die alten Anhänger des uns nach wie vor verehrungswürdigen Generalfeldmarschalls glauben wir zu der Bemerkung berechtigt zu sein, daß die Art seiner Hineinziehung in parteimäßige und parlamentarische Erörterungen der verfassungsrechtlichen Stellung und dem hohen Ansehen nicht gerecht wird, das der Herr Reichspräsident im deutschen Volke genießt. Diese Tatsache wird durch die öffentliche Behandlung der Angelegenheit bedauerlich verstärkt. Der parlamentarische Wahlakt würde als eine Vertrauenskundgebung weniger für den Herrn Reichspräsidenten als für die von uns bekämpfte Politik und insbesondere Außenpolitik der jetzigen Reichsregierung wirken. Unter diesen Umständen muß ich Ihnen nunmehr endgültig mitteilen, daß eine Billigung oder Unterstützung Ihres Vorgehens für uns nicht in Frage kommen kann."

Die Reichsregierung hat bisher zu dem Inhalt des Hugenberg-Briefes noch nicht Stellung genommen. Aus Kreisen, die der Regierung nahestehen, wird jedoch die Behauptung, daß die Aktion des Reichskanzlers im Einverständnis mit dem Zentrum und der SPD. getätigt worden sei, als falsch bezeichnet. Für diese Behauptung sei auch kein Beweis erbracht. Bekanntlich sei zuerst mit der NSDAP. und darauf erst mit der SPD. verhandelt worden. Die weitere Behauptung, daß hinter der Brüningregierung keine Mehrheit des Volkes stehe, sei gleichfalls nicht richtig; erst gestern habe der Aeltestenrat des Reichstags die Einberufung des Reichstags abgelehnt, woraus hervorgehe, daß die Regierung über die Mehrheit im Aeltestenrat und demgemäß auch im Reichstag verfüge. Weiter wird auch die Feststellung Hugenbergs als unrichtig bezeichnet, daß die Regierung die Angelegenheit der Präsidentenwahl in die Oeffentlichkeit gezogen habe.

Mittelparteien und Volkswahl.

Einsetzung eines überparteilichen Ausschusses befürwortet.

Berlin, 13. Januar.

Auf Veranlassung des Grafen Westarp fand eine Besprechung von Vertretern der Deutschen Volkspartei, der Staatspartei, des Christlich-sozialen Volksdienstes, der Bayerischen Volkspartei, des Landvolks und der Wirtschaftspartei statt, die sich eingehend mit der Volkswahl des Reichspräsidenten von Hindenburg beschäftigte. Die Versammlung trachtete die Bildung eines Ausschusses aus Vertretern der Mittelparteien für unzweckmäßig und sprach sich für die Einsetzung eines überparteilichen Ausschusses aus.

Als Kandidat für den Vorsitz dieses Ausschusses wird Reichswehrminister a. D. Geßler genannt.

Reichstagseinberufung abgelehnt.

Gegen die Stimmen der NSDAP., DNVP. und KPD.

Berlin, 13. Januar.

Der Aeltestenrat des Reichstags hat den kommunistischen Antrag auf vorzeitige Einberufung des Reichstags gegen die Stimmen der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen und der Kommunisten abgelehnt, deren Fraktionen im Reichstag zusammen nur 229 Mitglieder haben.

Die Deutsche Volkspartei war in der Sitzung nicht vertreten mit der Begründung, daß sich die Mehrheitsverhältnisse im Aeltestenrat seit der letzten Abstimmung ja doch nicht geändert hätten.

In der Aussprache stellte Abg. Dr. Obersohren (dnatl.) den Antrag, für den Fall der Ablehnung des kommunistischen Antrages den Reichstag zum nächstmöglichen Termin einzuberufen mit der Tagesordnung: „Erklärung der Reichsregierung zur Außenpolitik und Besprechung." Abg. Döbrich (Landvolk) sprach sich für den deutschnationalen Antrag aus, machte aber zur Bedingung, daß sich alle Parteien vorher verpflichteten, dafür zu sorgen, daß die Reichstagssitzung nur zu einer gemeinsamen außenpolitischen Kundgebung benutzt werde. Dieses Versprechen war jedoch nicht von allen Fraktionen zu erlangen.

Brünings Weltecho.

Berlin ist zuversichtlich.

Nachdem sich die erste Erregung über die Tributerklärung Brünings gelegt hat, macht sich überall in der Welt eine ruhigere Auffassung bemerkbar, und in Berlin beurteilt man die Lage durchaus zuversichtlich. Die ursprünglich erwartete Drohung, daß Frankreich nicht zur Lausanner Konferenz erscheinen werde, ist nicht eingetreten. Bemerkenswert ist eine Havas-Erklärung, wonach sich zwar die französische Regierung ihre Stellungnahme vorbehält, aber gleichzeitig feststellt, daß Frankreich in Lausanne erscheinen werde. Auch die Pläne, das Haager Gericht in Anspruch zu nehmen, haben sich nicht verwirklicht.

Pertinax droht.

Allerdings werden in der französischen Presse nach wie vor Repressalien gegen Deutschland gefordert. Ueber die voraussichtliche Haltung der französischen Regierung gibt ein Artikel von Pertinax gewisse Aufschlüsse. Er schreibt, Frankreich sei in seiner Verteidigung durchaus nicht aller Machtmittel entblößt.

So werde die Bank von Frankreich ihren Anteil an der der Reichsbank gewährten Anleihe von 100 Millionen Mark Ende Februar zweifellos nicht verlängern. Zweitens werde es nicht schwierig sein, die deutsche Wirtschaft über gewisse Gläubiger, die Frankreichs Schuldner seien, zu treffen. Darüber hinaus könne Frankreich seine Rechte dadurch wahren, daß es wie im Jahre 1921 Zollmaßnahmen gegen die deutsche Einfuhr ergreife. Auf jeden Fall fordere die französische Oeffentlichkeit, daß man dem Reichskanzler Brüning nicht erlaube, einen neuen „Fetzen Papier" in den Papierkorb zu werfen.

Nach dieser aus der Tiefe seines Gemüts ausgestoßenen Drohung geht Pertinax zu den französisch-englischen Verhandlungen über und stellt fest, daß die Besprechungen nicht rasch vom Fleck kämen. Er bezeichnet den deutschen Schritt als eine der traurigen Folgen der Rheinlandräumung. Man habe in Frankreich stets gefürchtet, daß die Entfernung der ausländischen Truppen den deutschen Schuldnern die Möglichkeit geben werde, ihr Wort zu brechen.

Der Widerhall in Italien.

Auch in Italien hat die Kanzlererklärung ihren Eindruck nicht verfehlt.

In faschistischen Kreisen erinnert man an die Rede Mussolinis in Neapel, in der er fragte, ob wirklich 60 lange Jahre vergehen müßten, bis man den Schlußstrich unter die Berechnung von Soll und Haben setzen werde, die aufgegangen sei in dem Blut von zehn Millionen junger Menschen, die die Sonne nie mehr sehen würden.

Man erinnert weiter an den Satz Mussolinis: Wieviel Zeit wird noch vergehen müssen, bis die Ueberzeugung sich durchsetzt, daß im Weltwirtschaftssystem irgend etwas in Unordnung sein muß? Aus der Presse ersieht man, daß Italien seinen klaren Standpunkt beibehalten hat. Der „Popolo di Roma" weist auf die enge Verkoppelung von Tributen, Kriegsschulden und privaten Schulden hin. Es würde einen großen Schritt vorwärts bedeuten, wenn die Welt einsähe, daß sie viel ärmer ist, als sie glaubt.

Erklärung MacDonalds.

Im Gegensatz zu Frankreich und seinen Gläubigern steht die Haltung der angelsächsischen Länder und der Neutralen. Der englische Ministerpräsident MacDonald erklärte in einer Unterredung zu den Feststellungen Brünings, daß die Politik und die Stellungnahme der englischen Regierung erst am geeigneten Ort und zur geeigneten Zeit mitgeteilt werden könnten.

Inzwischen könne gesagt werden, daß es angesichts der im Baseler Sachverständigenbericht geschilderten deutschen Wirtschaftslage und angesichts der politischen Probleme Deutschlands nicht unwahrscheinlich gewesen sei, daß Dr Brüning eine solche Erklärung auf der Lausanner Konferenz abgeben werde. Die Tatsache, daß er sie schon abgegeben habe, mache die Konferenz wichtiger denn je; denn es sei unmöglich, die Dinge so zu lassen, wie sie seien.

Die gegenwärtige Lage sei das Ergebnis von internationalen Abmachungen. Eine internationale Konferenz sei daher notwendig, um die Lage zu behandeln. Nach seiner Ueberzeugung würden dann alle betroffenen Regierungen einsehen, daß die Erholung und Befriedung Europas davon abhänge, daß man den harten Tatsachen ins Gesicht sehe.

Die gesamte Londoner Presse widmet der Tributfrage lange Leitartikel, die fast durchweg auf den Grundton abgestimmt sind, daß die Forderung des Reichskanzlers auf Einstellung der Tributzahlungen sachlich gut begründet sei.

Wozu der Lärm?

Die französische Erregung über eine einseitige Informierung Englands über den deutschen Standpunkt in der Reparationsfrage hat sich als vollkommen überflüssig erwiesen, denn der französische Botschafter Francois-Poncet ist, wie man jetzt auch in Paris zugibt, nach vor dem englischen Botschafter vom Reichskanzler unterrichtet worden.

Merkwürdigerweise ist diese Klarstellung der Dinge bisher nicht in die französische Presse gedrungen. Der französischen Regierung hätte es ein leichtes sein können, die französische Presse, die immer noch von einer „Umgehung Frankreichs" und von einem „abgekarteten Spiel mit England" spricht, richtig zu informieren.

Gegensatz Laval—Hoesch.

In der Sache selbst hat der deutsche Botschafter von Hoesch noch einmal eine Unterredung mit Laval gehabt und dabei betont, daß Deutschland eine Endlösung erstrebe und nicht gewillt sei, Zahlungsverpflichtungen zu übernehmen, die es nicht erfüllen kann. Laval hat erklärt, daß die französische Regierung einen anderen Standpunkt vertrete.

Ein fünfjähriges Moratorium?

Wie in gutunterrichteten Kreisen verlautet, bereiten England und Frankreich einen gemeinsamen Schritt bei den Vereinigten Staaten in der Schuldenfrage vor. Die beiden Mächte beabsichtigen infolge der Erklärung Brünings über die Unmöglichkeit weiterer deutscher Tributzahlungen, ein fünfjähriges Moratorium zu beantragen. Man erwartet, daß die endgültige Form dieses Antrages in Lausanne ausgearbeitet werden wird.

Notwendigkeit der Endlösung.

Breslau, 13. Januar.

Reichsfinanzminister Dr. Dietrich erläuterte in einer Unterredung den deutschen Standpunkt in der Tributfrage am Vorabend der Lausanner Konferenz. Deutschland sei der Meinung, daß die Zollpolitik aller Länder die Erfüllung des Youngplanes unmöglich gemacht habe. Wenn Deutschland nicht zahlen könne, so handele es sich hierbei nicht um eine Böswilligkeit Deutschlands, sondern um eine finanzielle und wirtschaftliche Unmöglichkeit. Dazu komme, daß Deutschland seine privaten Schulden zurückzahlen müsse und entschlossen sei, sich diesen Verpflichtungen, obwohl gegenwärtig eine Stockung eingetreten sei, nicht zu entziehen.

Wenn die Zollschranken in der ganzen Welt fallen würden, dann könne Deutschland seinen Außenhandel um mehrere Milliarden ausdehnen und damit eine neue Lage in bezug auf seine Zahlungsfähigkeit herbeiführen. Deutschland glaube, daß die sich unter dem Druck der Reparationen immer mehr verschärfende Weltkrise die Reparationsgläubiger zu einer Endlösung führen werde. Daher werde alles aufgeboten werden müssen, die Konferenz so lange tagen zu lassen, bis die endgültige Lösung erreicht sei.

Für die Entwicklung in Deutschland sei die Reichspräsidentenwahl entscheidend, die späteren Wahlen in Preußen ständen dagegen an Bedeutung zurück. Sollte Herr von Hindenburg wiedergewählt werden, so sei für Deutschland die Sicherheit für eine völlige Legalität des Regierungssystems gegeben, gleichgültig auf welche Weise die Wiederwahl in die Wege geleitet werde.

Preußens Sparmaßnahmen.

Aussprache über die Notverordnung im Landtagsausschuß.

Der Beamtenausschuß des Preußischen Landtags beschäftigte sich mit deutschnationalen Anträgen auf Aufhebung bzw. Abänderung der Bestimmungen der Sparverordnungen, die sich gegen Beamte und Lehrer richten.

In der Aussprache erklärte Staatssekretär Schleusener, daß die Regierung glaube, sich bei diesen Maßnahmen durchaus in Uebereinstimmung mit dem Reichsgerichtsurteil vom 10. Juli 1931 zu befinden, wonach verfassungsmäßige Bestimmungen nicht verletzt seien. Diese Notmaßnahmen seien auch nicht für die Dauer, sondern

nur für die Notzeit berechnet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219320114-14/fragment/page=0001

Aenderungsanträgen, die sich auf die Besoldungsordnung beziehen und sich finanziell auswirken würden, könne die Regierung nicht zustimmen. Was die Beförderungssperre angehe, so seien Ausnahmen zulässig. Die Notverordnung vom 12. September 1931 bringe eine Ersparnis von jährlich 12 Millionen RM. Im übrigen sei ihm von einem Referentenentwurf für ein neues Besoldungsgesetz, das die Lage der Beamten noch weiter verschlechtern solle, nichts bekannt; er glaube nicht, daß ein solcher Entwurf vorliege.

Das Wasserstraßengesetz.

Ablehnung der Länder.

Berlin, 13. Januar.

Die Regierungen der deutschen Länder mit Ausnahme der Hansestädte haben sich in einer gemeinsamen Erklärung gegen das von der Reichsregierung geplante Wasserstraßengesetz ausgesprochen.

In der Erklärung heißt es: Die Vertreter aller deutschen Wasserstraßenländer weisen mit Nachdruck darauf hin, daß nach ihrer Ueberzeugung durch die geplante neue Organisation keine Ersparnis, vielmehr erhebliche einmalige Unkosten und laufende Mehraufwendungen zu erwarten sind wenn nicht nur der Haushalt des Reiches sondern auch die Haushalte der Länder und zugleich die gesamte deutsche Wirtschaft ins Auge gefaßt werden. Sie erheben ernste Bedenken gegen die beabsichtigte Art einer Reichswasserstraßenverwaltung. Diese Reichswasserstraßenverwaltung würde der Lösung des Gesamtproblems Reich—Länder vorgreifen und eine organische Reichsverwaltungsreform gefährden, da wiederum geplant ist, eine Reichssonderverwaltung zu errichten.

Die Bedenken werden noch dadurch verstärkt, daß diese Sonderverwaltung entgegen der Reichsverfassung das Recht haben soll, in die allgemeine Landesverwaltung, insbesondere in die Verwaltung der Landeskultur und Wasserwirtschaft einzugreifen.

Regierungskrise in Paris.

Das Kabinett Laval hat am Dienstag seinen Rücktritt beschlossen. Sämtliche Mitglieder haben ihre Aemter zur Verfügung gestellt, um die Bildung eines nationalen Konzentrationskabinetts nach englischem Muster zu ermöglichen.

Dem Rücktrittsbeschluß ging eine längere Unterredung zwischen Laval und Briand voraus, in der sich, wie verlautet, Briand weigerte, allein aus dem Kabinett auszuscheiden. Nach dieser Unterredung suchte Laval den Staatspräsidenten auf, und im Anschluß daran fand dann die entscheidende Sitzung des Kabinetts statt. Laval wird voraussichtlich zunächst den Versuch machen, die Regierungsgrundlage im Sinne eines „Kabinetts der nationalen Einigung" zu erweitern. Es dürfte aber ausgeschlossen sein, daß sich die Radikalsozialisten wenige Monate vor den Neuwahlen zur Kammer an einem solchen Kabinett beteiligen.

Daß Briand dem neuen Kabinett wieder angehören wird, ist wenig wahrscheinlich. Als Kandidaten für den Posten des Außenministers werden jetzt in erster Linie Laval selbst und Herriot genannt.

Die neue Regierung im Saargebiet.

Ein Spanier und ein Westschweizer als neue Mitglieder?

Saarbrücken, 13. Januar.

In politischen Kreisen des Völkerbundssekretariats beschäftigt man sich lebhaft mit der Frage der Nachfolgeschaft für die zurückgetretenen Mitglieder der Regierungskommission Sir Wilton und Dr. Vecensky. Als Nachfolger werden in Genfer Kreisen ein Westschweizer und ein Spanier in Vorschlag gebracht, doch ist es auch möglich, daß statt des Spaniers wieder ein Engländer in die Regierungskommission gewählt wird. Die übrigen Mitglieder der Regierungskommission, die keine Rücktrittsabsichten geäußert haben, sollen erneut bestätigt werden.

Deutsche Tagesschau.

Dr. Heß erneut erkrankt.

Der Führer der Zentrumsfraktion im Preußischen Landtag, Abgeordneter Dr. Heß, der am 19. Januar die Geschäfte des Fraktionsvorsitzenden wieder übernehmen wollte, ist abermals erkrankt. Dr. Heß mußte sich am Neujahrstage wegen einer Grippe ins Bett legen. Diese Erkrankung wurde noch kompliziert durch das Hinzutreten einer Lungen- und Rippenfellentzündung.

Verkürzung der Arbeitszeit bei der Reichsbahn?

Der Reichstagsausschuß für Beamtenangelegenheiten nahm einen kommunistischen Antrag an, wonach die Reichsregierung ersucht wird, auf die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft dahin einzuwirken, daß die Arbeitszeit für das Betriebs- und Verkehrspersonal der Reichsbahn auf 7 Stunden täglich und 40 Stunden wöchentlich mit vollem Lohn- und Gehaltsausgleich verkürzt werde. Die Deutschnationalen beteiligten sich an den Ausschußverhandlungen, während die Nationalsozialisten nach wie vor fernblieben. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten nach längerer Aussprache angenommen.

„Im Westen nichts Neues" als Schullesestoff in Braunschweig verboten.

Im schulamtlichen Blatt der braunschweigischen Staatsverwaltung erläßt jetzt der braunschweigische Minister für Volksbildung eine Verfügung, wonach Remarques „Im Westen nichts Neues" auf sämtlichen Schulen des Freistaates Braunschweig mit sofortiger Wirkung als Klassenlesestoff oder sonst im Unterricht verboten wird. Das Buch ist aus allen Schulbüchereien zu entfernen.

Wiedereröffnung der französischen Kammer.

Paris, 13. Januar. Die französische Kammer wurde mit einer Trauerkundgebung für Kriegsminister Maginot wiedereröffnet. In der folgenden Unterbrechung der Sitzung verhandelte Herriot mit Laval. Sodann wählte das Haus zum Kammerpräsidenten wieder Bouisson. Vor dem Kammergebäude wurden bei Arbeitslosendemonstrationen rund 600 Zwangsgestellungen vorgenommen.

Auslands-Rundschau.

Polnische Rückwanderer aus Frankreich.

Wie der „Robotnik" meldet, waren in Frankreich 280 000 polnische Arbeiter bisher beschäftigt, die bei der einsetzenden Arbeitslosigkeit jetzt zuerst entlassen werden. Sie treffen jetzt massenweise an der polnischen Grenze ein, ohne irgendwelche Existenzmittel; sie können oft nicht einmal in ihre alte Heimat zurückfahren, da sie keine Mittel zur Bahnfahrt besitzen.

Die sowjetrussische Petroleumausbeute.

In einer amtlichen russischen Meldung wird hervorgehoben, daß die sowjetrussische Petroleumausbeute, die bereits 1927 den Vorkriegsstand erreicht hatte, seitdem von Jahr zu Jahr gestiegen ist. Nachdem der Fünfjahresplan in zweieinhalb Jahren durchgeführt werden konnte, hat die Ausbeute des Jahres 1931 eine weitere, erhebliche Zunahme gebracht. Insgesamt wurden 22,5 Millionen Tonnen gewonnen, d. h. 4 Millionen mehr als im Vorjahr. Der zweite Platz in der Welt-Petroleumerzeugung nach den Vereinigten Staaten ist der sowjetrussischen Petroleumindustrie damit gewiß.

49 Kommunisten in Budapest verhaftet.

Die Budapester Polizei verhaftete 49 Kommunisten, die seit Wochen für einen „Roten Tag" am 13. Januar eine Agitation großen Stils betrieben hatten. In den den Arbeitslosen zugehenden Agitationsschriften hieß es, die Arbeitslosen sollten am 13. Januar auf die Straße gehen und einen Angriff gegen die bürgerliche Gesellschaft veranstalten, auch wenn es zu Blutvergießen komme.

Kleine politische Meldungen.

Curtius schlesischer Generaldirektor? Vom Aufsichtsrat der Wabag, der Nachfolgerin der Fürstlich Pleßschen Verwaltung, ist der frühere Reichsminister Curtius als Leiter der Gesellschaft gewählt worden. Der bisherige Generaldirektor von der Porten hatte sein Amt niedergelegt.

Dienststellen-Einsparungen bei der Reichsbahn. Die Auflösung der Reichsbahndirektion Magdeburg hat außer der Vereinfachung des Dienstes eine sofortige Ersparnis von 270 Dienstposten gebracht, der in Kürze die Einsparung weiterer 30 Dienstposten folgen wird.

Aus der Umgegend

Nebra, 13. Januar.

— Einreichung der Steuerabzugsbelege durch die Arbeitgeber. Arbeitgeber, welche die Lohnsteuer durch Einzahlung bei der Finanzkasse entrichten, haben für die Arbeitnehmer ihres Betriebes als Steuerabzugsbelege entweder Lohnsteuer-Bescheinigungen auf der zweiten Seite der Steuerkarte oder Lohnsteuer-Ueberweisungsblätter bis zum 15.2. 1932 an das Finanzamt einzureichen. Dies gilt nicht hinsichtlich der vor dem 31.12.1931 ausgeschiedenen Arbeitnehmer, für die der Arbeitgeber bereits beim Ausscheiden eine Lohnsteuer-Bescheinigung auf der Steuerkarte ausgeschrieben hat. Markenblätter für dieses Verfahren und Vordrucke zu Lohnüberweisungsblättern können vom Finanzamt, das auch nähere Auskunft erteilt, unentgeltlich bezogen werden.

— Ablieferung der Steuermarkenbogen und Steuerkarten durch Arbeitnehmer. Das Finanzamt veröffentlicht im heutigen Anzeigenteil eine Bekanntmachung über die Ablieferung der im Kalenderjahr 1931 geltenden Einkommensteuermarken und über Ablieferung von Steuerkarten durch Arbeitnehmer. Auf diese Veröffentlichung wird besonders hingewiesen.

— Der Volkstrauertag 1932. Der Ausschuß für die Festsetzung eines Volkstrauertages hat einstimmig beschlossen, den Volkstrauertag zum Andenken an die im Weltkrieg gefallenen Helden auch in diesem Jahre am Sonntag Reminiszere (21. Februar) in ähnlicher Weise zu begehen, wie dies in den Vorjahren der Fall gewesen ist.

— Gegen wilde Sammlungen. Dem Vernehmen nach soll es in letzter Zeit häufig vorkommen, daß Personen mildtätige Gaben, angeblich für Wohlfahrtszwecke, meist bei Geschäftsleuten, aber auch in Privathäusern sammeln. Es ist daher angezeigt, darauf hinzuweisen, daß jeder, der zu vaterländischen oder gemeinnützigen oder mildtätigen Zwecken (Wohlfahrtszwecken) eine öffentliche Sammlung, eine öffentliche Unterhaltung oder Belehrung, einen öffentlichen Vertrieb von Gegenständen oder eine öffentliche Werbung von Mitgliedern oder Mitunternehmern veranstalten will, hierzu die behördliche Genehmigung benötigt. Jeder, bei dem gesammelt wird, wird daher zweckmäßigerweise sich von dem Sammler die Legitimation zeigen lassen und, falls sich der Sammler nicht im Besitz eines solchen Ausweises befindet, ihn der nächsten Polizeistation möglichst fernmündlich und unter tunlichst genauer Beschreibung anzeigen.

Laucha. [Ferkelmarkt.] Zum Ferkelmarkt standen am Dienstag insgesamt 108 Ferkel zum Verkauf. Das Geschäft entwickelte sich bei großer Käuferzahl recht lebhaft, sodaß der Markt rasch geräumt werden konnte. Die Preise bewegten sich zwischen 16 und 26 RM. je nach Qualität und Größe für das Paar.

Kölleda. Die Firma Bangesellschaft Dr Belck G. m. b. H. vorm. Stroh & Co, Apolda, die vertraglich verpflichtete Erbauerin der neuen Straße Saubach—Buche, hat sich genötigt gesehen, ihre Zahlungen einzustellen. Rechtsanwalt und Notar Hobein in Apolda ist beauftragt, das zur Ordnung der Verhältnisse der Firma erforderliche Sanierungsverfahren einzuleiten. Um die Entwicklung des in Aussicht genommenen Vergleichs nicht zu stören, der allen Gläubigern eine gleichmäßige Befriedigung gewähren soll, ist es erforderlich, daß zunächst prozessuale Schritte jeder Art gegenüber der Bangesellschaft unterbleiben.

Großörner. Der Arbeiter Z von hier war vor einigen Monaten mit seiner Familie nach Rußland ausgewandert, um dort eine Stellung als Metallarbeiter anzunehmen. Vor einigen Tagen ist Z. mit seiner Familie zurückgekehrt, da die Vertragsbestimmungen nicht eingehalten wurden. Die Familie steht nun mittellos da und wurde von ihren Angehörigen wieder aufgenommen. Vor ihrem Wegzug hatten sie ihre Wirtschaftsgegenstände veräußert. Von Rußland wurde ihnen nur die Rückfahrt vergütet. Verhältnisse in Rußland werden als trostlos geschildert.

Halle. Die Ermittlungen in der Strafsache gegen den Stadtobersekretär Göhre haben insofern zu einem Ergebnis geführt, als die Vorgänge im Hausflur des Jugendamtes am Morgen des 9. Dezember v. J. nach der glaubhaften Darstellung der Beteiligten wie folgt geklärt sind: Göhre hatte am Tag vorher versucht, den ihm bekannten Unterstützungsempfänger Pfeiffer zu veranlassen, ihn zu erschießen, was dieser aber ablehnte. Am Mittwoch, 9. Dezember, hat Pfeiffer jedoch seinen Schwager, den Erwerbslosen Karl Haller, mit nach dem Jugendamt genommen. Dieser hat dann auf ausdrückliches Verlangen des Göhre den Schuß auf ihn abgegeben. Gegen Haller und Pfeiffer wurde Haftbefehl erlassen; beide sind auch bereits in das Gerichtsgefängnis eingeliefert worden.

Halle. Vier junge Leute mußten sich vor dem Schnellrichter verantworten. Sie hatten im Süden der Stadt eine Mauer in etwa 35 Meter Länge mit kommunistischen Aufrufen in Teerschrift beschrieben. Wegen Sachbeschädigung und Vergehens gegen die Notverordnung wurde jeder zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Während ein Täter auf frischer Tat ertappt wurde, wurde den anderen drei Beteiligten die Tat durch Teerspuren nachgewiesen, die sich noch feststellen ließen, obwohl sich die Täter die Hände sorgfältig gereinigt hatten.

Erdeborn (Mansfelder Seekreis). Seit Beginn des diesjährigen Schulunterrichtes werden in der hiesigen Schule 274 Kinder von vier Lehrkräften unterrichtet. Das dritte und vierte Schuljahr ist zu einer Klasse mit 94, das fünfte und sechste Schuljahr zu einer Klasse mit 74 Kindern vereinigt worden. Natürlich entspricht eine derartige starke Klassenziffer nicht den Anforderungen, die an einen modernen Unterricht gestellt werden müssen. Da die Schülerzahl von Ostern ab auf über 300 ansteigen wird, ist im Interesse eines geordneten Schulbetriebes die Einrichtung einer weiteren Lehrerstelle dringend erwünscht.

Krosigk (Saalkreis). Unter den Landarbeitern der Güter Krosigk und Priester, die dem Rittmeister a. D. Nagel gehören, ist am Montag wegen Lohndifferenzen ein Streik ausgebrochen. Auf dem Krosigker Gut fehlen etwa die Hälfte, auf dem Priesterschen die gesamte Belegschaft. Zum Schutz der Arbeitswilligen ist Landjägerei aus dem Saalkreis herbeigerufen worden, doch ist es zu Zusammenstößen bisher nicht gekommen. Nach Ansicht der Gutsverwaltungen ist mit einem baldigen Ende des Streiks zu rechnen.

Erfurt. Der Erfurter Motettenchor (Thüringer Singknaben), der durch seine Konzerte im In- und Auslande schon seit Jahren weitestes Beachtung gefunden hat, wurde für die Osterzeit für einige Konzerte an die Königlich Schwedische Musikakademie Stockholm und an die Universität Upsala verpflichtet. Die Konzerte werden auf sämtliche schwedischen Sender übertragen.

Erfurt. Vor dem Schöffengericht hatte sich die Ehefrau Anna Richter zu verantworten, weil sie unrechtmäßigerweise 3000 Mark Sozialrente bezogen hatte. Sie hatte vor einigen Jahren, als sie die Rente beantragte, verschwiegen, daß ihrem Manne eine Zusatzrente zustehe. Der öffentliche Kläger beantragte eine dreimonatige Gefängnisstrafe, da die Allgemeinheit durch derartige Irreführungen schwer geschädigt werde. Das Gericht ließ aber Milde walten und verurteilte die Angeklagte nur zu 60 Mark Geldstrafe.

Nordhausen. In der ersten Sitzung im neuen Jahr ergab sich bei der „Wiederbesetzung der Stelle des zweiten Bürgermeisters" eine lebhafte Debatte. Während Bürgerliche, Nationalsozialisten und Kommunisten die Stelle einsparen wollten, stimmten Sozialdemokraten und Demokraten im Hinblick auf das Sch[illegible] des Regierungspräsidenten für die Ausschreibung der Stelle. Das Wort hat nun der Rechtsausschuß.

Obersachswerfen. Auf den 18jährigen Lehrling Krüger aus Obersachswerfen wurde von dem 17jährigen Knecht Theuerkauf ein Raubüberfall ausgeführt. Theuerkauf dürfte es auf einen größeren Geldbetrag abgesehen haben, dem er bei dem Überfallenen vermutete. Die Geldtasche, die dem Krügener entwendet wurde, enthielt aber nur 1,05 M. Der jugendliche Räuber wurde dem Nordhäuser Gerichtsgefängnis zugeführt.

Reideburg (Saalkreis). Als sich morgens ein Naundorfer Fleischermeister auf der Fahrt nach Reideburg befand, stürzten sich zwei maskierte Männer auf das Gefährt. Während der eine die Pferde festhielt, raubte der andere fast das gesamte Fleisch und mehrere Pfund Wurst. Ebenso schnell, wie die Räuber gekommen waren, verschwanden sie wieder mit ihrer Beute. Ihre Festnahme war bisher nicht möglich.

Staßfurt. Nach den Ausführungen, die der erste Bürgermeister Kasten in der Stadtverordnetenversammlung machte, wird der Fehlbetrag im laufenden Etatsjahr trotz der Einsparungen von rund 183 000 Mark über 220 000 Mark betragen. An eine Senkung des Wassergeldes könne leider nicht gedacht werden. Dagegen sind mit der Gasamag und den Staßfurter Licht- und Kraftwerken Verhandlungen wegen Senkungen der Tarife eingeleitet, die wahrscheinlich ein positives Ergebnis haben werden.

Die Sitzung verlief nicht ohne Störung. Wegen dauernder Zwischenrufe eines kommunistischen Stadtverordneten wurde die Sitzung auf eine Viertelstunde unterbrochen. Nach Wiederaufnahme wurde der kommunistische Stadtverordnete von den weiteren Verhandlungen ausgeschlossen. In nicht öffentlicher Sitzung erfolgte die Anstellung eines Polizeiwachtmeisters auf Lebenszeit.

Bitterfeld. Amtsschimmel, hüh!... — Zu dem Hochwasser in der Muldeaue wird von anscheinend bestens unterrichteter Seite bekannt, daß die Schleusendurchlässe zwischen Muldebrücke und Mühlbeck bei Eintritt des Hochwassers nicht dicht gemacht worden konnten, weil die Staubretter nicht zu den Durchlässen paßten. Es war „vergessen" worden, richtige Bretter zur Verfügung zu halten. Der Straßenwärter, der den Auftrag bekam, die Schleusen zu schließen, fragte telephonisch bei seiner vorgesetzten Stelle an, was er tun solle, und es wurde ihm gesagt, er solle — Preise für die Bretter einfordern. Das Hochwasser kam und als der Straßenmeister bestürmt wurde, stellte es sich heraus, daß er die löbliche Absicht hatte, die Bretter am nächsten Morgen zu bestellen. . . . — Wahrscheinlich wird der Kreisausschuß die in Frage kommende Behörde für die entstandenen Schäden haftbar machen.

Dessau. Wegen Verheimlichung von Devisen wurde im Schnellverfahren ein Drogist zu 300 Mark Geldstrafe, ersatzweise 30 Tage Gefängnis und Einziehung der Devisen verurteilt, soweit sie 200 Mark übersteigen. Er hatte 99 amerkanische Dollar trotz Aufrufs nicht angemeldet, sondern erst im Dezember abgeliefert.

Dessau. Der Musiker Müller, der auf dem Nachhauseweg von seinem Kollegen durch Schläge mit einem eisernen Notenständer schwer mißhandelt wurde, ist seinen Verletzungen erlegen. Der Täter wurde festgenommen.

Dessau. Nachdem vor einigen Tagen von Paddlern bei Dessau vier Rehe in die Flut gejagt worden sind und ertrinken mußten, wurden am Sonntag von drei jungen Roßlauer Burschen ein Hase und vier Kaninchen erschlagen. Die Täter wurden als Söhne eines Fischereipächters und eines städtischen Arbeiters festgestellt, die Beute wurde ihnen abgenommen. In der Roßlauer Flur wurden von einem Polizisten und einem Gutsbeamten neun Wilderer gefaßt. Mehrere Kaninchen und Frettchen wurden beschlagnahmt.

Dessau. Nachdem das Hochwasser der Mulde erheblich gesunken ist, wurde in der Gegend um Dessau mit den Aufräumungsarbeiten begonnen. Am meisten gelitten haben die Dessauer Mühlen. Auch der Wall Dessau-Ost und Dessau-West weisen nach dem Rückgang des Wassers starke Beschädigungen auf.

Roßlau (Anhalt). Merkwürdige Tierfreunde. Das Hochwasser im Gebiete der Elbe und Mulde hat neben anderen auch solgende wenig erfreuliche Begleiterscheinung gehabt. Hasen und Kaninchen, die sich in höchster Gefahr des Ertrinkens befanden, suchten ihr Leben in Sicherheit zu ringen und sich auf den Kreisstraßenwall zu retten. Dort wurden sie von einer johlenden Menge mit Knüppeln usw. erwartet. Natürlich ist diese Haltung des Publikums keines-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219320114-14/fragment/page=0002

falls zu billigen, schon im Hinblick darauf, daß der Wildbestand im Bezirke des Hochwassers sowieso schon recht zusammengeschrumpft ist.

Magdeburg. Die Hochwasserwelle der Elbe scheint abzuebben. In Magdeburg wurde der angekündigte Höchststand von 4,10 bis 4,20 Meter am Sonntag nicht erreicht. Der Pegel zeigte 3,96 Meter und wies bis Montag früh ½8 Uhr den gleichen Stand auf. In Roßlau war Montag früh gegenüber dem Höchststand vom Sonntag ein Fallen von 8 Zentim. zu verzeichnen. In Aken und Barby war das Wasser vom Sonntag zum Montag um 7 bzw. 2 Zentimeter gefallen. Am Montag früh sind drei Joche des Pretzener Wehrs gezogen worden.

Magdeburg. Auf dem Cracauer Anger fand der Jugendliche Gustav Holl eine Sprengpatrone. Als er mit ihr spielte, explodierte die Patrone und verletzte ihn schwer. Der Knabe wurde mit Finger-, Kopf- und Brustverletzungen in das Krankenhaus Altstadt eingeliefert.

Burg. Mit einem Tesching machten in Pietzpuhl zwei Burschen in der Wohnung Schießversuche. Als Zielscheibe benutzten sie eine Tür, durch die ahnungslos ein junger Mann hereinkam. Er erhielt einen Schuß in die Brust und mußte in bedenklichem Zustand dem Krankenhaus zugeführt werden.

Klein-Wanzleben. Der 19jährige Arbeiter Patetschack, der zur Mittagszeit die Rangiergleise der Zuckerfabrik überschreiten wollte, geriet zwischen die Puffer. Er erlitt so schwere Quetschungen, daß er noch am Abend seinen Verletzungen erlag.

Wernigerode. Die Leitung der Wernigeröder Bank für Handel und Gewerbe teilt mit: Bankdirektor Otto Michael hat am Sonnabend, 2. Januar, einen Nervenzusammenbruch erlitten. In Übereinstimmung mit dem Aufsichtsrat wollte er am Sonntag nach Berlin fahren, um geschäftliche Angelegenheiten zu erledigen. Er hat am Sonntag gegen ¾1 Uhr seine Wohnung verlassen und seitdem hat man von ihm nichts wieder gehört. Es ist festgestellt worden, daß er in Berlin in dem Hotel, in dem er sonst zu wohnen pflegte, nicht eingetroffen ist, sowie die geplanten geschäftlichen Besprechungen nicht vornahm. Es muß angenommen werden, daß ihm ein Unglück geschehen ist, oder daß er sich ein Leid angetan hat. Wir bemerken, daß die Depots der Bank in Ordnung sind.

Aufruf

zum Jugendhilfswerk im Regierungsbez. Merseburg!

Allenthalben regt sich in „Winterhilfen" der Wille, den notleidenden Volksgenossen, insbesondere den erwerbslosen, durch freiwillige Hergabe von Geld, Kleidung, Wäsche und dergl. über den Winter und seine Not hinwegzuhelfen. Ganz besonders wird von dieser Not auch die Jugend betroffen. Bei ihr gilt es, neben der leiblichen Not auch ihrer geistigen Not zu steuern. Zehntausende Jugendlicher sind der Gefahr ausgesetzt, geistig zu verkümmern und zu verwahrlosen. Zwischen Aufstehen und Zubettgehen, zwischen Stempeln und Stempeln ziel- und sinnlos verbrachte Tage, Monate, Jahre rufen nach Hilfe. Hier liegen die Aufgaben der Jugendpflege. Sie wird bereits in großem Ausmaß durch Jugendverbände und Erwachsenenorganisationen geübt. Es bilden sich heute aber auch, zumal unter den Erwerbslosen, Sportgruppen und Arbeitsgemeinschaften für geistige Weiterbildung ohne Anlehnung an bestehende Verbände. Zu ihrer Betreuung fehlt es an Helfern und Freunden. Dieser Aufruf will daher Menschen werben und zwar Männer und Frauen aus allen Ständen und Schichten. Er fragt den noch Berufstätigen: Kannst und willst Du gelegentlich einen Abend, einen Sonntag für die Jugend opfern? Er fragt den Erwerbslosen: Willst Du nicht das, was Du gelernt hast, in den Dienst der Jugendpflege stellen und Dir hier ein Tätigkeitsfeld für die Zeit Deiner erzwungenen Muße schaffen?

Die Mitarbeit soll bestehen in der Leitung und Durchführung von Arbeitsgemeinschaften, Wochenendkursen, Vorträgen, Besichtigungen und Führungen durch Werke und Museen, in Anleitung zu Wandern, Spiel und Sport. Sie ist ein Ehrendienst an der deutschen Jugend. Darum:

Männer und Frauen, stellt euch in diesem Notwinter der Jugend zur Verfügung!

Die Leitung des Jugendhilfswerks liegt in den Händen des Regierungspräsidenten. An ihn sind die Meldungen und Anfragen zu richten (Anschrift: Regierungspräsident Merseburg „Jugendhilfswerk".) Den sich Meldenden wird alsbald ein Fragebogen zugesandt werden, bei dessen Ausfüllung Jeder Art und Maß seiner Mithilfe bestimmen kann.

Die kommunalen Steuereinnahmen

Das Statistische Reichsamt hat in einer Veröffentlichung in „Wirtschaft und Statistik" die Einnahmen der öffentlichen Gebietskörperschaften aus Steuern für das Rechnungsjahr 1930 bekanntgegeben. Den empfindlichsten Rückgang erfuhren die Länder, Hansestädte und Gemeinden bei den Reichsüberweisungssteuern (Einkommen-, Umsatz-, Körperschaftssteuer). Diesen Rückgang versuchten die Gemeinden im Rechnungsjahr 1930 durch Erhöhung der Realsteuern und durch Steigerung der Biersteuer auszugleichen. Trotz erheblicher Erhöhung in einzelnen Fällen und für einzelne Steuern, denen allerdings Ausfälle aus anderen Steuern gegenüberstehen, konnten die Einnahmen aus Gemeindesteuern und überwiesenen Landessteuern der Gemeinden und Gemeindeverbände nur von 2741,5 Millionen Mark auf 2835 Millionen Mark oder um 3,4 Prozent gesteigert werden. Diese Steigerung reichte aber bei weitem nicht aus, um den Rückgang der Reichsüberweisungssteuern aufzuheben. Im einzelnen stiegen die Grund- und Gebäudesteuer von 820,2 Millionen Mark auf 920 Millionen Mark oder um 12,2 Prozent, die Gewerbesteuer von 804,1 Millionen Mark auf 818,7 Millionen Mark oder um 1,8 Prozent, während die Wandergewerbe- und Wanderlagersteuer von 1,5 Millionen Mark auf 1,3 Millionen Mark zurückging. Die Einnahmen aus der Gebäudeentschuldungs(Hauszins-)steuer sanken von 760 Millionen Mark auf 720 Millionen Mark oder um 5,3 Prozent. Die 1930 erstmalig erhobene Bürgersteuer brachte 45 Millionen Mark, da sie noch nicht in allen Gemeinden eingeführt war. Der Zuschlag zur staatlichen Grunderwerbssteuer ging von 61,2 Millionen Mark auf 49 Millionen Mark oder um 20 Prozent zurück. Auch die Wertzuwachssteuer, die für 1929 noch 52,4 Millionen Mark für die Gemeinden brachte, betrug für 1930 nur noch 36 Millionen Mark oder 31,3 Prozent weniger.

Durch die Erhöhung der Gemeindebiersteuer stieg der Ertrag von 83,7 Mill. RM. für 1929 auf 100 Mill. RM. oder um 19,5 Prozent. Die erstmalig für einen Teil des Rechnungsjahres erhobene Gemeindegetränkesteuer ergab ein Aufkommen von 7 Mill. RM. für den Rest des Rechnungsjahres.

Die Vergnügungssteuer sank von 70,8 Mill. RM. um 15,3 Prozent auf 60 Mill. RM. Auch die Hundesteuer ging 50,7 Mill. um 11,2 Prozent auf 45 Mill. RM. zurück. Die übrigen Steuern der Gemeinden sanken von 36,9 Mill. RM. auf 33 Mill. RM.

Nach diesem Ergebnis für 1930 kann man sich das Ergebnis für 1931 etwa denken — von 1932 ganz zu schweigen.

○ **Das bekämpfte Lottospiel!** In Amerika lebt gegenwärtig das Lottospiel wieder außerordentlich stark auf, und ein bekannter Schriftsteller namens E. O. Conwell hat sich bereits veranlaßt gesehen, gegen dieses Spiel eine scharf verurteilende Broschüre herauszugeben. Die Presse spendete ihm ob dieser Broschüre Beifall, und sie sagte ihm voraus, daß das Buch eine vorzügliche Wirkung ausüben werde. Die Wirkung blieb auch in der Tat nicht aus, denn Conwell erhielt kurze Zeit nach Veröffentlichung der Broschüre folgenden Brief: „Hochgeehrter Herr! Mit tiefgefühltem Dank für Ihre von mir gelesene Schrift gegen das Lottospiel, ergreife ich die Feder, um mich bei Ihnen für die ausgezeichnete Wirkung Ihres Buches zu bedanken. Ihre Schrift zählt 88 Seiten, 44 Blätter und erschien am 27. März. Ich besetzte die Nummern 88, 44 und 27 bei der letzten Ziehung und gewann 6000 Dollar. Wenn doch alle Schriftsteller stets so nützliche Bücher schreiben möchten!"

Börse und Handel.

Berlin, den 12. Januar 1932.

Dollar: 4,209 (Geld), 4,217 (Geld), engl. Pfund: 14,29 14,33, holl. Gulden: 168,98 169,32, Belga (Belgien): 58,40 58,52, ital. Lira: 21,26 21,30, dän. Krone: 78,72 78,88, norw. Krone: 77,92 78,08, franz. Franken: 16,49 16,53, tschech. Krone: 12,465 12,485, schweiz. Franken: 81,94 82,10, span. Peseta: 35,66 35,74, schwed. Krone: 79,72 79,88, österr. Schilling: 49,95 50,05.

Produktenmarkt. Auch am Dienstag fand die im allgemeinen bessere Nachfrage nach Weizen nicht immer glatte Befriedigung, und auch für Roggen kam Angebot nur verhältnismäßig langsam heraus. Die schwachversorgten Betriebe müssen ihre Gebote trotz des schlechten Mehlgeschäfts für prompte Abladung um 1 RM erhöhen. Weizenmehl ruhig und unverändert. Für Roggenmehl haben die Mühlen ihre Preise wiederum um 25 Rpf. erhöht. Beim Futtergetreide ist die Stimmung fest. Hafer wird im Zusammenhang mit den Ausfuhrbemühungen landwirtschaftlicher Kreise mehr gekauft und 50 Rpf. höher als am Vortage bezahlt. Für Gerste werden die erhöhten Forderungen oft bewilligt.

Warenmarkt.

Mittagsbörse. (Amtlich.) Getreide und Oelsaaten per 1000 Kilo, sonst per 100 Kilo in Reichsmark ab Station: Weizen Märk. 224—226 (am 11. 1.: 224—226). Roggen Märk. 198—200 (197—199). Braugerste 156—165 (155 bis 165). Futter- und Industriegerste 149—154 (149—154). Hafer Märk. 135—143 (134—142). Weizenmehl 27,50 bis 31,25 (27,50—31,25). Roggenmehl 27—29,25 (26,75 bis 29). Weizenkleie 9,50—10 (9,25—9,75). Roggenkleie 9,50—9,75 (9,25—9,50). Viktoriaerbsen 21—27,50 (21—27,50). Kleine Speiseerbsen 21,50—24 (21,50—24). Futtererbsen 15—17 (15—17). Peluschken 16—18 (16—18). Ackerbohnen 14—16 (14—16). Wicken 16—19 (16—19). Lupinen blaue 10—12 (10—12), gelbe 14—14,50 (14 bis 15,50). Serradella neue 22—27 (22—27). Leinkuchen 11,90 bis 12 (12,10—12,20). Trockenschnitzel 6,50 (6,50). Sojabohnenschrot 10,50—11,10 (10,50—11). Kartoffelflocken 12,10—12,30 (12,10—12,30).

Butterpreise.

Amtliche Berliner Notierungen für Butter im Verkehr zwischen Erzeuger und Großhandel. Fracht und Gebinde zu Lasten des Käufers: 1. Qualität 0,97, 2. Qualität 0,90, abfallende Qualität 0,80 Mark per Pfund. — Tendenz: Sehr ruhig.

Berliner Schlachtviehmarkt.

(Amtlich.) Auftrieb: 1915 Rinder (darunter 405 Ochsen, 660 Bullen, 850 Kühe und Färsen), 2675 Kälber, 3395 Schafe, — Ziegen, 12645 Schweine, 1735 Auslandsschweine. — Preise für 1 Zentner Lebendgewicht in Reichsmark:

	12. 1.	8. 1.
Ochsen:		
1. vollfl., ausgem., höchsten Schlachtwerts jüngere	39	39
ältere	—	—
2. sonstige vollfleischige: jüngere	35—38	35—38
ältere	—	—
3. fleischige	32—34	32—34
4. gering genährte	25—30	25—30
Bullen:		
1. jüngere, vollfl., höchsten Schlachtwerts	31—32	31—33
2. sonstige vollfleischige oder ausgemästete	28—31	29—31
3. fleischige	25—28	26—28
4. gering genährte	22—24	23—27
Kühe:		
1. jüngere, vollfl., höchsten Schlachtwerts	24—28	25—30
2. sonstige vollfleischige oder ausgemästete	20—23	21—24
3. fleischige	16—19	17—20
4. gering genährte	12—15	13—16
Färsen (Kalbinnen):		
1. jüngere, vollfl., höchsten Schlachtwerts	33—34	33—34
2. vollfleischige	28—32	28—32
3. fleischige	23—27	23—27
Fresser:		
1. mäßig genährtes Jungvieh	20—26	20—26
Kälber:		
1. Doppellender bester Mast	—	—
2. beste Mast- und Saugkälber	45—53	45—53
3. mittlere Mast- und Saugkälber	30—43	30—42
4. geringe Kälber	18—28	18—26
Schafe:		
1. Mastlämmer und jüngere Masthammel		
Weidemast	—	—
Stallmast	40—42	40—42
2. mittl. Mastlämmer, ältere Masthammel	37—40	37—39
3. gut genährte Schafe	27—30	26—28
4. fleischiges Schafvieh	33—36	33—36
5. gering genährtes Schafvieh	21—26	20—25
Schweine:		
1. Fettschweine über 300 Pfund	—	—
2. vollfleischige von 240—300 Pfund	42—43	41—42
3. vollfleischige von 200—240 Pfund	40—43	39—41
4. vollfleischige von 160—200 Pfund	38—40	35—38
5. fleischige von 120—160 Pfund	35—37	32—34
6. fleischige unter 120 Pfund	—	—
7. Sauen	37—38	35—37

Die Preise sind Marktpreise für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Fracht, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer, sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über die Stallpreise erheben.

Magerviehhof Berlin-Friedrichsfelde.

(Amtlicher Bericht vom 12. Januar.)

Auftrieb: 527 Schweine und 315 Ferkel. Es wurden gezahlt im Engroshandel für das Stück:

Läuferschweine: 6—8 Monate alt —,—, 5—6 Monate alt 25—33 Mark.

Pölte: 3—4 Monate alt 20—25 Mark.

Ferkel: 9—13 Wochen alt 15—20, 6—8 Wochen alt 12—15, bis 6 Wochen alt 10—12 Mark.

Marktverlauf: Etwas freundlicher, Preise gehalten.

Wie werde ich modern?

Zehn Gebote für den modernen Menschen

Eine ironische Zeitbetrachtung

von Jürgen Reinhard Koch, Berlin

Man klagt heute viel darüber, daß die alte Generation die junge nicht mehr versteht. Das liegt einfach daran, daß die Alten aus angeborener Rückständigkeit „nicht mehr mitkommen". Was liegt da näher, als daß sich die Alten einmal gründlich umstellen und moderner werden. Aus den folgenden, nach dem neuesten Stand in Berlin zusammengestellten zehn Geboten sieht der Leser, was er zu tun hat, um ein moderner Mensch zu werden.

1) Sei revolutionär und frech! Setze Dich über alles hinweg, was althergebracht, was Tradition ist! Tue immer das Gegenteil von dem, was in bürgerlichen Kreisen als unumstößliche Norm gilt. Begehe Formlosigkeiten und sage, das sei eine neue Gesellschaftsform.

2) Sei rücksichtslos! Mache Dir immer klar, daß heute nur noch notorisch rücksichtslose Leute Erfolg haben. Bescheidene Menschen hält man mit Recht für dumm und ungeschickt. Wenn man Dich nicht will, dränge Dich auf!

3) Sei originell! Das ist die Hauptsache! Erfinde irgendeinen interessanten Spleen, um Deine prätendierte Originalität zu beweisen. In England legten einige Leute die Beine auf den Tisch, und weil es Lordbeine waren, fand man es originell. Heute, wo fast jeder die Beine auf den Tisch legt, muß man schon neue (wenn auch unbequemere) Positionen erfinden, um originell zu sein.

4) Habe sex appeal! (Wenn Du ein Mädchen bist!) Das ist einfach obligatorisch! Sex appeal ist heute eine Konjunktur, ein Boom, ein Geschäft, eine Story, eine Hausse; man kann Hundert, tausend vom Hundert an ihm verdienen (und man tut es!), man kann eine G.m.b.H. aus ihm machen. Frauen mit sex appeal haben heute keine Vergangenheit mehr, sondern nur noch eine Zukunft.

5) Sei blasiert! Blasiert ist modern! Bringe das zum Ausdruck, indem Du die Unterlippe herabhängen läßt, die Augenbrauen hochziehst und Deine Mitmenschen aus halbgeschlossenen Augenlidern mit den verächtlichen Blicken eines römischen Caesaren musterst. Gähne häufig gelangweilt! Als Mann gewöhne Dir eine besonders wirkungsvolle Art an, den Mantelkragen hochzuschlagen, den Schal lässig um den Hals zu schlingen und auf Kreppsohlen mit dem Gang eines müden Lebemannes zum Rendez-vous zu schleichen.

6) Habe einen Typ! Die nötige Auswahl bietet Dir der Film. Ob Du nun Frisör oder Hilfslehrer — Kopf- oder Handarbeiter bist, einen bestimmten Typ mußt Du unbedingt haben. Du mußt so blasiert aussehen wie Adolphe Menjou, so dämonisch wie Conrad Veidt, oder so liebenswürdig lächeln können und so schön frisiert sein wie Harry Liedtke. Junge Mädchen müssen Vamp oder Flapper sein, sie müssen den „Garbotyp" haben, oder aussehen wie Lilian Harvey oder wie Renate Müller oder — Gott, die Auswahl ist ja so groß! Moderne Mädchen sind wie Marlene Dietrich von Kopf bis Fuß auf Liebe eingestellt, sie sitzen mit der gekränkten Leidensmiene der Bergner, mit Rehaugen und vorgeschobenen Schultern hinter der Schreibmaschine oder stehen mit dem dämonischen Blick der Garbo hinter dem Ladentisch, wenn sie Handschuhe oder Konfitüren verkaufen.

7) Habe Komplexe! Du braust nicht zu wissen, was das ist, aber Du mußt sie haben. Augenblicklich sind die Minderwertigkeitskomplexe sehr verbreitet. Wenn Du wirklich modern bist, wird es Dir nicht schwer fallen, sie bei Dir festzustellen.

8) Sprich viel! Was, ist nicht so wichtig. In der Unterhaltung gebrauche Wendungen, wie „der Eros ist tief im Menschen verankert", oder sage häufig „voll und ganz". Mit Schlagworten wie „Prothesentherapie", Stabilisation des Mediums" und „divergierende Komponente" verleihe dem Gespräch eine interessante Färbung. Sprich viel über okkultistische, psychoanalytische und theosophische Probleme, bewege dich mit Deinem Gespräch stets in der vierten Dimension, und wenn Du vermuten darfst, daß Deinen staunenden Zuhörern diese Dinge böhmische Dörfer sind, dann sage bekanntlich — —".

9) Sei gebildet! Nein, das ist zu viel verlangt. Aber tue so, noch besser, sage einfach, Du seiest es. Beweise klassische Bildung indem Du den Namen der Muse Kalliflora (oder so ähnlich!) häufig im Munde führst. Im übrigen dürfte es genügen, wenn Du die Sittengeschichte von Fuchs und vielleicht noch einiges von Magnus Hirschfeld gelesen hast; dann wirst Du allen Anforderungen, die an Dich herantreten, voll und ganz genügen.

10) Dichte! (Wenn Du kannst!) Und Du kannst es bestimmt! Das Dichten ist heute nämlich keine Kunst mehr. Eifre aber nicht jenem Manne nach, der vor etwa hundert Jahren unter dem Namen Goethe (alias Schiller, auch Kleist oder Lessing) den „Messias" und die „Züricher Novellen" geschrieben hat. (Vielleicht irre ich mich aber!) Bemühe Dich vielmehr, es Bert Brecht oder Krishnamurti gleich zu tun. Vielleicht gelingt es Dir auch, in einer Ekstase ein so schönes und geistvolles Gedicht zu machen, wie es Herrn Ernst Blaß vermöge „transzendentaler Inspiration" kürzlich auf einem hochbeinigen Barsessel der Kakadu-Bar einfiel:

„O komm, Geliebte, in der Bar
Verrät der Mixer den geheimen Tip,
Und überirdisch, himmlisch steht Dein Haar
Zur Röstlichkeit des Cherry-Brandy-Flip."

Siehst Du, das ist moderner Geist! Wenn Dir aber das nicht gegeben ist, dann sei Dir als letzte Hoffnung noch der Weg zur atonalen Musik gewiesen.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219320114-14/fragment/page=0003

Duesterberg zur Reichspräsidentenwahl

Der Stahlhelm für Volksentscheid.

Gotha. Auf einer Führertagung des Stahlhelm, Gau Thüringen, die am Sonntag in Gotha unter der Devise „Für Tributfreiheit und Wehrhoheit" abgehalten wurde, führte Oberstleutnant Duesterberg zur Reichspräsidentenfrage aus:

„Der Stahlhelm lehnt eine parlamentarische Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten ab, weil er dem Reichstage diese Entscheidung nicht geben will, sonst würde der wichtigste Grundsatz durchbrochen werden, daß das Volk den Reichspräsidenten wählt und dieser vom Reichstag unabhängig und seine Macht verstärkt wird. Ein Kuhhandel darf in dieser Frage nicht getrieben werden."

Bezüglich des Uniformverbotes erklärte Duesterberg, daß neue Besprechungen mit den Reichsministern unmittelbar bevorstehen. Hinsichtlich der Abrüstungskonferenz verlangte der Redner, daß Deutschland dem Auslande vor der Konferenz amtlich in einer Note mitteile, daß wir dort volle Gleichberechtigung und volle Wehrhoheit verlangen werden, denn sonst könnte ein Scheitern der Konferenz während der Verhandlungen vom Auslande Deutschland in die Schuhe geschoben werden.

Die Veranstaltung war von mehreren hundert Kreis- und Ortsgruppenführern besucht. U. a. wohnte ihr auch der frühere Herzog Carl Eduard von Coburg-Gotha bei.

Aus dem vom Gauführer, Oberstleutnant Schaper, erstatteten Jahresbericht, der einstimmig und ohne Aussprache angenommen wurde, ist ersichtlich, daß im abgelaufenen Jahre im Gaugebiet 80 neue Ortsgruppen gegründet und mehr als 1000 neue Mitglieder geworben wurden. Auch die Jungstahlhelm-Bewegung, für die Prinz Ernst von Meiningen sein Schloß Fasanerie als Heim zur Verfügung stellte, ist ständig in der Aufwärtsentwicklung begriffen. — Nach Erstattung des Geschäftsberichtes wurde Gauführer Schaper unter allgemeiner Zustimmung wiedergewählt.

Baugewerbe und Randsiedlung.

Beschäftigt die freien Architekten!

Der Wirtschaftsverband Mitteldeutschland hat an die Magistrate von 18 Städten ein Schreiben gerichtet, in dem er sich mit der Beteiligung des Baugewerbes und der freien Architekten an der vorstädtischen Kleinsiedlung (Randsiedlung) befaßt. Der Verband wendet sich gegen die Absicht, die freien Architekten und das Baugewerbe bei dieser Randsiedlung mehr oder weniger auszuschalten und mit der Durchführung die Baugesellschaften der öffentlichen Hand zu betrauen. Mit Rücksicht darauf, daß das Baugewerbe und die Architekten seit Monaten unter der radikalen Beschränkung des Baumarktes zu leiden hätten, sei es unbedingt geboten, daß, soweit bei diesen Randsiedlungen Arbeiten notwendig sind, die in das Gebiet der Architekten und des Baugewerbes fallen, diese auch diesen Berufen zugeführt werden, um gerade hier die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Hinter dieser Forderung des Verbandes steht, wie in dem Schreiben erwähnt wird, die gesamte mitteldeutsche Wirtschaft.

*

Der Wirtschaftsverband Mitteldeutschland hat auch bei den zuständigen Stellen beantragt, die Einkommensgrenzen für die Zwangsversicherungen den veränderten Einkommens- und Preisverhältnissen entsprechend zu senken.

Neues aus aller Welt.

Reichswehrsoldat und Pferd aus brennendem Eisenbahnwagen gesprungen. Auf der Eisenbahnstrecke zwischen den Bahnhöfen Beusselstraße und Jungfernheide in Berlin-Moabit ereignete sich ein aufregender Vorfall. In dem letzten Wagen eines Güterzuges, in dem zwei Pferde des Artillerie-Regiments Nr. 6 befördert wurden, fiel eine Petroleumlampe um. Es entstand sofort ein Brand. Der begleitende Reichswehrsoldat versuchte, das Feuer zu ersticken, was jedoch mißlang, da der Brand an dem im Wagen befindlichen Stroh reiche Nahrung fand. Der Soldat öffnete schließlich die Wagentür und sprang aus dem fahrenden Zuge. Eines der Pferde folgte ihm, während das andere im Wagen verbrannte.

Vier Bergleute verschüttet. 65 Meter unter Tage ging hinter einer Arbeitsstelle auf der Zechenanlage „Roter Stollen" im Habichtswalde bei Kassel eine Strecke zu Bruch. Vier Bergleute wurden von der Außenwelt abgeschnitten. Die Bergungsarbeiten wurden sofort begonnen, doch gelang es bis zur Stunde noch nicht, zu den verschütteten Bergleuten vorzudringen. Immerhin hofft man, sie in kürzester Zeit bergen zu können.

Vorübergehendes Wiederaufflackern des Brandes im Alten Schloß. Im nordöstlichen Turm des Alten Schlosses in Stuttgart brachen erneut die Flammen hervor, die aber durch die sofort wieder herbeigeeilte Berufsfeuerwehr erstickt werden konnten. Jetzt wird wieder eine Feuerwehrabteilung am Brandplatze bereitgehalten; auch die polizeiliche Bewachung bleibt bis auf weiteres bestehen. Es ist nicht anzunehmen, daß das Feuer weiteren Umfang annehmen wird, da der Brand in dieser Form noch wochenlang unter der Decke fortdauern kann.

Bankdirektor spurlos verschwunden. Seit dem 3. Januar ist der Direktor Otto Michael von der Wernigeroder Bank für Handel und Gewerbe spurlos verschwunden. Irgendwelche Unregelmäßigkeiten liegen nicht vor. Direktor Michael hatte am 2. Januar einen Nervenzusammenbruch in den Geschäftsräumen der Bank erlitten, die als Opfer der allgemeinen Krise Anfang Dezember v. J. ihre Schalter hatte schließen müssen. Man vermutet Selbstmord.

Großfeuer in einem Hotel. Ein Großfeuer brach in dem bekannten Ausflugshotel Belvedere in Brühl, das ehemals zu den Wirtschaftsgebäuden des bekannten Brühler Schlosses gehörte, aus. Die im Schlafe liegenden Bewohner wurden von Nachbarn durch Einschlagen von Fensterscheiben geweckt. Der Schaden wird auf über 100 000 Mark geschätzt.

Zwei Kinder getötet. Die 10 und 12 Jahre alten Brüder Hellmuth und Herbert Reich in Bottrop wollten ihrem Vater, der in Gladbeck beschäftigt ist, das Essen bringen. Beide Jungen kletterten unterwegs auf die Zugstange eines Kraftlastzuges. Einer der Jungen hat wohl das Uebergewicht verloren und beim Sturz seinen Bruder mitgerissen. Beide Kinder kamen unter den Lastzug und wurden gräßlich verstümmelt. Der eine starb auf dem Wege zum Krankenhaus, der andere gegen Abend an den Folgen seiner schweren Verletzungen.

Ein Mord gesühnt. Vor einiger Zeit war im Benediktiner-Stift Melk (Oesterreich) der 60 Jahre alte Benediktinerpriester Kathrein von den Stiftsdienern Potzmader und Rudolf Schnabel mit einem Handtuch erwürgt und seiner Barschaft von 2400 Schilling beraubt worden. Das St. Pölter-Schwurgericht verurteilte Potzmader wegen Meuchelmordes zu lebenslänglichem Kerker, Schnabel zu zehn Jahren Kerker wegen Beihilfe zum Morde.

Schlafmittel im Whisky. Zwei englische Gäste wurden in einem Rotterdamer Hotel während des Schlafes um einen Geldbetrag von über 100 Pfund bestohlen. Die Untersuchung ergab, daß der Oberkellner des Hotels den Gästen und einem bei ihnen zu Besuch weilenden Deutschen ein Schlafmittel in den Whisky geschüttet hatte, um später den Diebstahl begehen zu können. Der Deutsche wurde in der gleichen Nacht in einer öffentlichen Anlage auf einer Bank fest schlafend angetroffen. Der Oberkellner leugnete zunächst, legte aber später ein Geständnis ab.

Todesopfer des Bob-Unglücks.

Schreiberhau, 13. Januar. Der schwere Unglücksfall bei der Austragung der Deutschen Meisterschaft im Viererbob hat ein Todesopfer gefordert. Frau Major von Berger aus Köhschenbroda, die mit schweren Verletzungen in das Krankenhaus eingeliefert worden war, ist gestorben.

Jugendherbergen in Not.

Der Reichsverband für deutsche Jugendherbergen veröffentlicht einen Aufruf an die Städte, Kreise und Gemeinden, in dem es heißt: Trotz größter Beschränkung und Einsparung nach jeder Richtung hin sind wir schon dieses Jahr in erhebliche Bedrängnis geraten. Mit sehr viel größerer Sorge sehen wir dem nächsten Jahre entgegen. Das bisher Geschaffene ist zum weitaus größten Teil aus öffentlichen Mitteln erstanden. Im Vertrauen auf deren Weitergewährung und unter Zustimmung der im Vorstand sitzenden Behördenvertreter haben wir eine Reihe von Darlehen aufgenommen, deren Verzinsung und Tilgung unmöglich aus den Jugendherbergen herausgewirtschaftet werden kann. Das in bester Entwicklung befindliche Jugendherbergswerk ist eben noch jung und noch nicht soweit entwickelt, daß es sich völlig selbst tragen könnte. Im Gegenteil bringen die starke Einschränkung der mehrtägigen Schulfahrten, der Rückgang auch bei den Einzelwanderern wegen Mangels an Wandergroschen und der stark steigende Uebergang zur Selbstverpflegung erhebliche Einnahmeausfälle, so daß die wichtigste Voraussetzung für das Herauswirtschaften von größeren Ueberschüssen fehlt. Hinzukommen die vom Reichsverband gewährten Erleichterungen für Erwerbslose, vor allem die Einräumung des Uebernachtungssatzes für Jugendliche (20 bis 30 Pfg.) an Erwerbslose über 20 Jahre. Es blieb der Ausweg der Erhöhung der Uebernachtungsgebühr. Kein Freund des Jugendwanderns wird indessen diese Maßnahme befürworten wollen. Sie würde auch in der Zeit der Preissenkungen allgemein schärfstem Widerstand begegnen. Daher richten wir an alle Städte, Kreise und Gemeinden die herzliche und dringende Bitte, uns weiterhin eine Beihilfe in der bisherigen Höhe zur Erhaltung des mühsam Geschaffenen gewähren zu wollen. Wiederholt ist im abgelaufenen Jahr aus behördlichem Munde gesprochen worden, daß die Städte, Kreise und Gemeinden unmöglich die so segensreich wirkenden Jugendherbergen im Stich lassen können. Wir sind gewiß, daß sich die Städte, Kreise und Gemeinden dieser Einsicht nicht verschließen werden.

— **Feuersgefahr bei elektrischen Glühlampen.** Durch Versuche mit gasgefüllten Lampen wurde festgestellt, daß Glühlampen bei Umhüllung mit Papier und Stoffen, die als schlechte Wärmeleiter bekannt sind, (zum Beispiel mit Watte), eine solche Temperatur annehmen, daß sie die umhüllenden Stoffe allmählich verkohlen. Es ist sogar möglich, namentlich bei auftretender Zugluft, daß eine vollständige Entzündung oder Entflammung der umhüllenden Stoffe eintritt. Bei farbigen Glühlampen ist diese Gefahr wegen des Lacküberzuges noch größer. Es wird daher davor gewarnt, elektrische Glühlampen mit brennbaren Stoffen in unmittelbare Berührung zu bringen, wie es zwecks Erzielung besonderer Beleuchtungseffekte hier und da geschieht. Auch die imprägnierte sogenannte „Christbaumwatte" bietet keine genügende Sicherheit.

Bekanntmachung.

Arbeitnehmer, bei denen der Steuerabzug vom Arbeitslohn im Kalenderjahr 1931 im Markenverfahren durchgeführt worden ist, werden aufgefordert, ihre Steuerkarte 1931 und den Einlagebogen, der zum Einkleben und Entwerten von Steuermarken im abgelaufenen Kalenderjahre verwendet worden ist, **bis zum 15. Februar 1932** an das Finanzamt abzuliefern, in dessen Bezirk sie am 10. Oktober 1931 ihren Wohnsitz gehabt haben. Dabei ist die Behörde, welche die Steuerkarte 1932 ausgestellt hat, und die Nummer, die die Karte trägt, anzugeben.

Kann ein Arbeitnehmer die Steuerkarte nicht mit abliefern, weil sie der Arbeitgeber in Händen hat, ist bei Einsendung des Einlagebogens der Arbeitgeber unter Angabe seines Wohnortes namhaft zu machen.

Auch die Arbeitnehmer, die am 31. Dezember 1931 in keinem Dienstverhältnis gestanden haben, sind verpflichtet, ihre Steuerkarte 1931 zum 15. Februar 1932 einzusenden und anzugeben, wo sie am 10. Oktober 1931 gewohnt haben.

Die Befolgung dieser Aufforderung kann erzwungen, ihre Nichtbefolgung bestraft werden.

Querfurt, den 11. Januar 1932.

Finanzamt Querfurt.

Betr. Oeffentliche Aufforderung zur Abgabe einer Steuererklärung für die Gewerbesteuer nach dem Gewerbekapital für 1931.

I. Eine Steuererklärung ist abzugeben für alle gewerbesteuerpflichtigen Unternehmen,

1. die seit dem 1. April 1931 in Gemeinden, die nicht die Bemessung der Gewerbesteuer nach der Lohnsumme beschlossen haben, oder in Gutsbezirken Betriebsstätten unterhalten haben, falls das Gewerbekapital am 1. 1. 1931 oder an dem in das Kalenderjahr 1930 fallenden letzten Abschlußtag — bei Neugründung nach dem 1. 1. 1931, am Tage der Gründung — den Betrag von 3000 RM. überstiegen hat;
2. für die vom Vorsitzenden des Gewerbesteuerausschusses eine Steuererklärung besonders verlangt wird.

Die Steuererklärung ist von dem Inhaber des Betriebes abzugeben.

II. Die hiernach zur Abgabe einer Steuererklärung Verpflichteten werden aufgefordert, die Steuererklärung unter Benutzung des für sie vorgeschriebenen Vordrucks Muster Gew. 37, sowie Unternehmen mit Betriebsstätten in verschiedenen preußischen Gemeinden einschließlich Muster Gew. 38 in der Zeit vom 18. bis zum 30. Januar 1932 bei dem Vorsitzenden des Gewerbesteuerausschusses, in dessen Bezirk sich die Leitung des Unternehmens befindet, einzureichen. Liegt der Ort der Leitung außerhalb Preußens, so ist der Wohnsitz des bestellten Vertreters, hilfsweise die preußische Betriebsstätte, maßgebend, in der die höchste Lohnsumme gezahlt ist.

Vordrucke für die Steuererklärung können vom 15. Januar ab von dem unterzeichneten Vorsitzenden des Gewerbesteuerausschusses bezogen werden. Auch werden Vordrucke von diesem Tage ab von den Ortspolizeibehörden abgegeben. Die Steuererklärung ist schriftlich — zweckmäßig eingeschrieben — einzureichen oder mündlich dem Vorsitzenden des zuständigen Gewerbesteuerausschusses gegenüber abzugeben.

Die Pflicht zur Abgabe der Steuererklärung ist vom Empfang eines Vordrucks zur Steuererklärung nicht abhängig.

III. Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Steuererklärung versäumt, kann mit Geldstrafen zur Abgabe der Steuererklärung angehalten werden; auch kann ihm ein Zuschlag bis zu 10 v. H. des festgesetzten Steuergrundbetrages auferlegt werden.

IV. Die Hinterziehung oder auch der Versuch einer Hinterziehung der Gewerbesteuer nach dem Gewerbekapital wird bestraft. Auch ein fahrlässiges Vergehen gegen die Steuergesetze (Steuergefährdung) wird bestraft.

Querfurt, den 5. Januar 1932.

Der Vorsitzende des Gewerbesteuerausschusses für den Veranlagungsbezirk Kreis Querfurt (mit Ausnahme der Stadt Querfurt)
gez. Dr. Wandersleb.

Wird veröffentlicht:
Nebra, den 11. Januar 1932.

Der Magistrat. Grünberg.

Voranzeige.

Nebraer Sportvereinigung 1924

Zu unserem am **Sonntag, den 24. Januar 1932** abends 7.30 Uhr im **Schützenhaus** stattfindenden

Maskenball

(mit Prämiierung)

laden wir Freunde und Gönner unserer Vereinigung hierdurch herzlichst ein. **Der Vorstand.**

Eintritt 40 Pfg.

Mischobst
hergestellt aus:
kalif. Aprikosen (extra schöne Frucht)
kalif. Birnen (prachtvoll, dickfleischig)
kalif. Pfirsiche (feinste Qualität)
kalif. Pflaumen (saftig und vollfleischig)
Ringäpfel (schneeweiß)
Pfund 44, 58, 72 Pfg.
Walter Schlicht
Thams & Garfs
Niederlagen

Schlachtgewürze
ganz und gemahlen
beste Qualitäten, billigst
Walter Schlicht
Thams & Garfs
Niederlagen

F. Poppe
— Rechtsbeistand Wiehe —
Zugelassen bei den Amtsgerichten Nebra und Wiehe. — Vertrete Prozesse und besorge alle gerichtlichen Angelegenheiten. Halte im „Weißen Roß"-Nebra Sprechtag.

Wir selbst sind überrascht von der guten Qualität unserer diesjährigen
Schnittbohnen 2 Pfund-Dose 48 ₰
Die Ware ist vollkommen faserfrei, pikant im Geschmack und butterweich.
Bitte probieren Sie . . . .
Walter Schlicht
Thams & Garfs
Niederlagen

Unser
Gemischtes Gemüse
hergestellt aus frischem Spargel, Morcheln, Erbsen und Karotten, schmeckt ganz vorzüglich.
Wir empfehlen, sich davon zu überzeugen.
Walter Schlicht
Thams & Garfs
Niederlagen

Wer verkauft
Wohn- oder Geschäftshaus, Villa, Landwirtschaft, Gasthof, Bau- u. Kiesgelände. Sof. Angebote an **F. Wilh. Barenthin, Hamburg,** Glockengießerwall 16.

Nie stille stehn mit der Zeit fortschreiten!!
muß jeder, der in seinem Beruf vorwärts kommen will.
Die schwarze Kunst ist der Schlüssel zum Aufstieg. Darum benutzen Sie in Ihrem Geschäft **gute**
Drucksachen
die in der
Buchdruckerei Wilh. Sauer, Roßleben
neuzeitlich hergestellt sind. Kein Handwerker oder Kaufmann sei ohne mit seiner Firma bedruckte Briefbogen, Briefumschläge, Postkarten, Rechnungen etc. Fordern Sie Angebote an.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219320114-14/fragment/page=0004

A 1 Universitätsbibliothek

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.— RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 6 Donnerstag, den 14. Januar 1932. 38. Jahrgang

Die Wiederwahl Hindenburgs

Die Frage wird im Februar aktuell.

Berlin, 13. Januar.

Mit der Ueberreichung der Briefe Hugenbergs und Hitlers an den Reichskanzler dürfte die Aktion Brünings abgeschlossen sein. Irgendwelche weiteren amtlichen Schritte zur Klärung der Frage der Wiederwahl Hindenburgs durch das Volk werden in unterrichteten Kreisen jedenfalls vorerst nicht erwartet, es sei denn, daß die Parteien untereinander hierüber Besprechungen abhalten. Man nimmt an, daß erst etwa Anfang Februar von der zuständigen Stelle mit den Parteien darüber Fühlung genommen wird, ob es möglich ist, Hindenburg als gemeinsamen Kandidaten der Rechts- und Mittelparteien, möglicherweise auch der Sozialdemokratie, wiederaufzustellen.

Für den genaueren Zeitpunkt hierfür dürfte die Frage von Bedeutung sein, wann der Reichstag wieder zusammentritt, da er dann u. a. die Frage zu erledigen haben wird, wann die verfassungsmäßige Neuwahl des Reichspräsidenten zu erfolgen hat. Die Neuwahl muß bis zum 5. Mai erfolgt sein. Ursprünglich war der 13. März für den ersten Wahltgang in Aussicht genommen. Es ist aber nicht unmöglich, daß dieser Termin nun auf einen früheren Tag angesetzt wird. Im Falle der Zustimmung Hindenburgs zu einer Wiederaufstellung als Präsidentschaftskandidat wird vermutlich nur ein kommunistischer Gegenkandidat aufgestellt werden, und eine Wahl Hindenburgs im ersten Wahlgange würde dann gesichert sein.

Hugenbergs Antwort.

„Sehr geehrter Herr Reichskanzler! Sie legten mir gestern die Frage vor, wie sich die Deutschnationale Volkspartei zu Ihrem Vorschlage der parlamentarischen Verlängerung der Amtszeit des Herrn Reichspräsidenten Generalfeldmarschall von Hindenburg stelle. Sie, Herr Reichskanzler, könnten diese Frage nicht aufgeworfen haben, wenn Sie dabei nicht des Einverständnisses des Zentrums und der SPD. sicher gewesen wären. Es sind das die Parteien, die seinerzeit die Wahl des Reichspräsidenten auf das schärfste bekämpft haben. Mit dem Rückhalte dieser Parteien treten Sie jetzt an uns heran, die wir einst seine Wahl angeregt und durchgesetzt haben. Sie begründen Ihr Vorgehen mit der außenpolitischen Notwendigkeit einer Stärkung der „Stabilität" der deutschen Regierungsgewalt. Gleichzeitig schwächen Sie aber selbst diese Stabilität empfindlich durch die zähe Aufrechterhaltung einer Regierung im Reich und in Preußen, hinter der keine Mehrheit des Volkes steht. Sie begründen die Notwendigkeit Ihres Schrittes weiter mit der außenpolitischen Wirkung einer einheitlichen Vertrauenskundgebung für den Herrn Reichspräsidenten. Demgegenüber sind wir der Auffassung, daß die außenpolitische Stellung Deutschlands am meisten durch einen Rücktritt der jetzigen Regierung gestärkt würde, deren Vergangenheit es ihr erschwert, dem veränderten Willen des deutschen Volkes dem Auslande gegenüber glaubhaften Ausdruck zu geben.

Sie, Herr Reichskanzler, erstreben die Wiederwahl auf dem Wege der Beschlußfassung des Parlamentes. Nach der Verfassung geht die Wahl des Reichspräsidenten unmittelbar vom Volke aus. Dieses Recht auf den Reichstag zu übertragen liegt um so weniger Anlaß vor, als der Reichstag der wahren Volksmeinung nicht mehr entspricht.

Als die alten Anhänger des uns nach wie vor verehrungswürdigen Generalfeldmarschalls glauben wir zu der Bemerkung berechtigt zu sein, daß die Art seiner Hineinziehung in parteimäßige und parlamentarische Erörterungen der verfassungsrechtlichen Stellung und dem hohen Ansehen nicht gerecht wird, das der Herr Reichspräsident im deutschen Volke genießt. Diese Tatsache wird durch die öffentliche Behandlung der Angelegenheit bedauerlich verstärkt. Der parlamentarische Wahlakt würde als eine Vertrauenskundgebung weniger für den Herrn Reichspräsidenten als für die von uns bekämpfte Politik und insbesondere Außenpolitik der jetzigen Reichsregierung wirken. Unter diesen Umständen muß ich Ihnen nunmehr endgültig mitteilen, daß eine Billigung oder Unterstützung Ihres Vorgehens für uns nicht in Frage kommen kann."

Die Reichsregierung hat bisher zu dem Inhalt des Hugenberg-Briefes noch nicht Stellung genommen. Aus Kreisen, die der Regierung nahestehen, wird jedoch die Behauptung, daß die Aktion des Reichskanzlers im Einverständnis mit dem Zentrum und der SPD. getätigt worden sei, als falsch bezeichnet. Für diese Behauptung sei auch kein Beweis erbracht. Bekanntlich sei zuerst mit der NSDAP. und darauf erst mit der SPD. verhandelt worden. Die weitere Behauptung, daß hinter der Brüningregierung keine Mehrheit des Volkes stehe, sei gleichfalls nicht richtig; erst gestern habe der Aeltestenrat des Reichstags die Einberufung des Reichstags abgelehnt, woraus hervorgehe, daß die Regierung über die Mehrheit im Aeltestenrat und demgemäß auch im Reichstag verfüge. Weiter wird auch die Feststellung Hugenbergs als unrichtig bezeichnet, daß die Regierung die Angelegenheit der Präsidentenwahl in die Oeffentlichkeit gezogen habe.

Mittelparteien und Volkswahl.

Einsetzung eines überparteilichen Ausschusses befürwortet.

Berlin, 13. Januar.

Auf Veranlassung des Grafen Westarp fand eine Besprechung von Vertretern der Deutschen Volkspartei, der Staatspartei, des Christlich-sozialen Volksdienstes, der Bayerischen Volkspartei, des Landvolks und der Wirtschaftspartei statt, die sich eingehend mit der Volkswahl des Reichspräsidenten von Hindenburg beschäftigte. Die Versammlung trachtete die Bildung eines Ausschusses aus Vertretern der Mittelparteien für unzweckmäßig und sprach sich für die Einsetzung eines überparteilichen Ausschusses aus.

Als Kandidat für den Vorsitz dieses Ausschusses wird Reichswehrminister a. D. Geßler genannt.

Reichstagseinberufung abgelehnt.

Gegen die Stimmen der NSDAP., DNVP. und KPD.

Berlin, 13. Januar.

Der Aeltestenrat des Reichstags hat den kommunistischen Antrag auf vorzeitige Einberufung des Reichstags gegen die Stimmen der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen und der Kommunisten abgelehnt, deren Fraktionen im Reichstag zusammen nur 229 Mitglieder haben.

Die Deutsche Volkspartei war in der Sitzung nicht vertreten mit der Begründung, daß sich die Mehrheitsverhältnisse im Aeltestenrat seit der letzten Abstimmung ja doch nicht geändert hätten.

In der Aussprache stellte Abg. Dr. Oberfohren (dnat.) den Antrag, für den Fall der Ablehnung des kommunistischen Antrages den Reichstag zum nächstmöglichen Termin einzuberufen mit der Tagesordnung: „Erklärung der Reichsregierung zur Außenpolitik und Besprechung." Abg. Döbrich (Landvolk) sprach sich für den deutschnationalen Antrag aus, machte aber zur Bedingung, daß sich alle Parteien vorher verpflichteten, dafür zu sorgen, daß die Reichstagssitzung nur zu einer gemeinsamen außenpolitischen Kundgebung benutzt werde. Dieses Versprechen war jedoch nicht von allen Fraktionen zu erlangen.

Brünings Weltecho.

Berlin ist zuversichtlich.

Nachdem sich die erste Erregung über die Tributerklärung Brünings gelegt hat, macht sich überall in der Welt eine ruhigere Auffassung bemerkbar, und in Berlin beurteilt man die Lage durchaus zuversichtlich. Die ursprünglich erwartete Drohung, daß Frankreich nicht zur Lausanner Konferenz erscheinen werde, ist nicht eingetreten. Bemerkenswert ist eine Havas-Erklärung, wonach sich zwar die französische Regierung ihre Stellungnahme vorbehält, aber gleichzeitig feststellt, daß Frankreich in Lausanne erscheinen werde. Auch die Pläne, das Haager Gericht in Anspruch zu nehmen, haben sich nicht verwirklicht.

Pertinax droht.

Allerdings werden in der französischen Presse nach wie vor Repressalien gegen Deutschland gefordert. Ueber die voraussichtliche Haltung der französischen Regierung gibt ein Artikel von Pertinax gewisse Aufschlüsse. Er schreibt, Frankreich sei in seiner Verteidigung durchaus nicht aller Machtmittel entblößt.

So werde die Bank von Frankreich ihren Anteil an der der Reichsbank gewährten Anleihe von 100 Millionen Mark Ende Februar zweifellos nicht verlängern. Zweitens werde es nicht schwierig sein, die deutsche Wirtschaft über gewisse Gläubiger, die Frankreichs Schuldner seien, zu treffen. Darüber hinaus könne Frankreich seine Rechte dadurch wahren, daß es wie im Jahre 1921 Zollmaßnahmen gegen die deutsche Einfuhr ergreife. Auf jeden Fall fordere die französische Oeffentlichkeit, daß man dem Reichskanzler Brüning nicht erlaube, einen neuen „Fetzen Papier" in den Papierkorb zu werfen.

Nach dieser aus der Tiefe seines Gemüts ausgestoßenen Drohung geht Pertinax zu den französisch-englischen Verhandlungen über und stellt fest, daß die Besprechungen nicht rasch vom Fleck kämen. Er bezeichnet den deutschen Schritt als eine der traurigen Folgen der Rheinlandräumung. Man habe in Frankreich stets gefürchtet, daß die Entfernung der ausländischen Truppen den deutschen Schuldnern die Möglichkeit geben werde, ihr Wort zu brechen.

Der Widerhall in Italien.

Auch in Italien hat die Kanzlererklärung ihren Eindruck nicht verfehlt.

In faschistischen Kreisen erinnert man an die Rede Mussolinis in Neapel, in der er fragte, ob wirklich 60 lange Jahre vergehen müßten, bis man den Schlußstrich unter die Berechnung von Soll und Haben setzen werde, die aufgegangen sei in dem Blut von zehn Millionen junger Menschen, die die Sonne nie mehr sehen würden.

Man erinnert weiter an den Satz Mussolinis: Wieviel Zeit wird noch vergehen müssen, bis die Ueberzeugung sich durchsetzt, daß im Weltwirtschaftssystem irgend etwas in Unordnung sein muß? Aus der Presse ersieht man, daß Italien seinen klaren Standpunkt beibehalten hat. Der „Popolo di Roma" weist auf die enge Verkoppelung von Tributen, Kriegsschulden und privaten Schulden hin. Es würde einen großen Schritt vorwärts bedeuten, wenn die Welt einsähe, daß sie viel ärmer ist, als sie glaubt.

Erklärung MacDonalds.

Im Gegensatz zu Frankreich und seinen Gläubigern steht die Haltung der angelsächsischen Länder und der Neutralen. Der englische Ministerpräsident MacDonald erklärte in einer Unterredung zu den Feststellungen Brünings, daß die Politik und die Stellungnahme der englischen Regierung erst am geeigneten Ort und zur geeigneten Zeit mitgeteilt werden könnten.

Inzwischen könne gesagt werden, daß es angesichts der im Baseler Sachverständigenbericht geschilderten deutschen Wirtschaftslage und angesichts der politischen Probleme Deutschlands nicht unwahrscheinlich gewesen sei, daß Dr. Brüning eine solche Erklärung auf der Lausanner Konferenz abgeben werde. Die Tatsache, daß er sie schon abgegeben habe, mache die Konferenz wichtiger denn je; denn es sei unmöglich, die Dinge so zu lassen, wie sie seien.

Die gegenwärtige Lage sei das Ergebnis von internationalen Abmachungen. Eine internationale Konferenz sei daher notwendig, um die Lage zu behandeln. Nach seiner Ueberzeugung würden dann alle betroffenen Regierungen einsehen, daß die Erholung und Befriedung Europas davon abhänge, daß man den harten Tatsachen ins Gesicht sehe.

Die gesamte Londoner Presse widmet der Tributfrage lange Leitartikel, die fast durchweg auf den Grundton abgestimmt sind, daß die Forderung des Reichskanzlers auf Einstellung der Tributzahlungen sachlich gut begründet sei.

Wozu der Lärm?

Die französische Erregung über eine einseitige Informierung Englands über den deutschen Standpunkt in der Reparationsfrage hat sich als vollkommen überflüssig erwiesen, denn der französische Botschafter Francois-Poncet ist, wie man jetzt auch in Paris zugibt, noch vor dem englischen Botschafter vom Reichskanzler unterrichtet worden.

Merkwürdigerweise ist diese Klarstellung der Dinge bisher nicht in die französische Presse gedrungen. Der französischen Regierung hätte es ein leichtes sein können, die französische Presse, die immer noch von einer „Umgehung Frankreichs" und von einem „abgekarteten Spiel mit England" spricht, richtig zu informieren.

Gegensatz Laval — Hoesch.

In der Sache selbst hat der deutsche Botschafter von Hoesch noch einmal eine Unterredung mit Laval gehabt und dabei betont, daß Deutschland eine Endlösung erstrebe und nicht gewillt sei, Zahlungsverpflichtungen zu übernehmen, die es nicht erfüllen kann. Laval hat erklärt, daß die französische Regierung einen anderen Standpunkt vertrete.

Ein fünfjähriges Moratorium?

Wie in gutunterrichteten Kreisen verlautet, bereiten England und Frankreich einen gemeinsamen Schritt bei den Vereinigten Staaten in der Schuldenfrage vor. Die beiden Mächte beabsichtigen infolge der Erklärung Brünings über die Unmöglichkeit weiterer deutscher Tributzahlungen, ein fünfjähriges Moratorium zu beantragen. Man erwartet, daß die endgültige Form dieses Antrages in Lausanne ausgearbeitet werden wird.

Notwendigkeit der Endlösung.

[illegible], 13. Januar.

[illegible] äuterte in einer [illegible] der Tributfrage [illegible] Deutschland sei [illegible] ändert habe. Wenn [illegible] es sich hierbei [illegible] sondern um eine [illegible] Dazu komme, [illegible] rückzahlen müsse [illegible] hungen, obwohl [illegible] nicht zu ent-

[illegible] zen Welt sollen [illegible] Außenhandel um [illegible] eine neue Lage [illegible] führen. Deutsch- [illegible] der Reparationen [illegible] Reparationsgläu- [illegible] aher werde alles [illegible] so lange tagen [illegible] sei.

[illegible] sei die Reichs- [illegible] Wahlen in Preu- [illegible] Sollte Herr von [illegible] für Deutschland [illegible] des Regierungs- [illegible] eise die Wieder-

[illegible]hmen.

Aussprache über die Notverordnung im Landtagsausschuß.

Der Beamtenausschuß des Preußischen Landtags beschäftigte sich mit deutschnationalen Anträgen auf Aufhebung bzw. Abänderung der Bestimmungen der Sparverordnungen, die sich gegen Beamte und Lehrer richten.

In der Aussprache erklärte Staatssekretär Schleusener, daß die Regierung glaube, sich bei diesen Maßnahmen durchaus in Uebereinstimmung mit dem Reichsgerichtsurteil vom 10. Juli 1931 zu befinden, wonach verfassungsmäßige Bestimmungen nicht verletzt seien. Diese Notmaßnahmen seien auch nicht für die Dauer, sondern

nur für die Notzeit berechnet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219320114-14/fragment/page=0005